



# Solidarität

## Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gepaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

### Der Gewerkschaftskongress in Breslau.

Es ist doch etwas Großes, die freie Arbeiterbewegung. Man glaubt die Zeit vor dem Kriege um 50 Jahre zurück, wenn man einen Gewerkschaftskongress von heute sieht. Ist es nicht als hätte man den Flügel Schlag der Zeit, wenn der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes den zu seinen Füßen sitzenden Vertretern der Regierung mit ruhigen aber desto stärker tönenden Worten den Ernst der Zeit ins Gedächtnis ruft und verkündet, daß die organisierte Arbeiterklasse sich mit allen Mitteln gegen die Verleumdungsabsichten der Unternehmer wenden würde. Klingt es nicht ganz eigenartig, wenn der Vertreter einer Rechtsregierung erklären muß, daß die Gewerkschaften innerlich gefestigt seien, dies beweise die Lebenskraft, Daseinsberechtigung und Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation? Es liegt in diesen Rednerseinerungen etwas Zukunftsreiches, Großes, wenn es nur von den Arbeitern so verstanden würde.

Man spricht davon, daß der Einfluss der organisierten Arbeiterklasse im Schwunden begriffen sei. Und doch deuten die nervösen und überhasteten Beschlüsse der Unternehmer schon auf das Gegenteil hin. Ihre Maßnahmen, die den Kampf zwischen Kapital und Arbeit bis zur Siegeshöhe steigerten, beweisen, daß sie die geschlossene Macht der Arbeiterklasse fürchten. Wenn es aber noch eines Beweises bedürft hätte, dann hat der Gewerkschaftskongress in Breslau die Reaktionen im gemäßigten Lager und die Kleingläubigen bei uns eines anderen belehrt.

An historischer Stätte, dort, wo Lassalle, der große Erveder der Arbeiterklasse geboren wurde, und bestattet liegt, trat das große Arbeiterparlament, der diesjährige Gewerkschaftskongress, zusammen. Breslau, die Metropole des Ostens, schenkte der Arbeiterbewegung einen weiteren großen Sohn: Theodor York. Es war das erstemal, daß ein Gewerkschaftskongress in der östlichen Seite des Reiches tagte. Breslau hat sich als Kongressstadt sehr würdig gezeigt. Der Ortsausflug des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Breslau hatte alles getan, um die Vertreter der Gewerkschaften im schönen Gewerkschaftshaus würdig zu empfangen und durch zahlreiche Veranstaltungen in ihrem Gedächtnis das Andenken an Breslau noch lange lebendig zu erhalten.

Der Begrüßungsabend wurde ausgefüllt von künstlerischen Konzerten, die, ausgeführt von einer 125 Mann starken Kapelle freierorganisierter Berufsmusiker. Manche alten Kämpfer und Weggenossen sahen sich an jenem Abend wieder und fröhlichen alte Erinnerungen auf. Am Montag, den 31. August, fanden am Grabe Lassalles feierliche Kranzniederlegungen statt. Vom 1. u. 2. sprach Kollege Graßmann. Vom Internationalen Gewerkschaftsbund Kollege Mertens-Brüssel. Ferner hielten noch kurze Ansprachen die Genossen Torberg-Schweden, Marßen-Dänemark, Schorch-Oesterreich, Dela Bellsa-Holland, Tayerler-Tschchoslowakei, Dürr-Schweiz und Kwadschinsty-Polen. Sie alle haben die Bedeutung des großen Lotos hervor.

Inzwischen ging die Eröffnung des Kongresses vor sich. 313 Delegierte, Vertreter der Regierungen und Behörden, zahlreiche Gäste und Vertreter der Presse waren anwesend, als der Genosse Leipart den Kongress der Gewerkschaften Deutschlands als eröffnet erklärte. In seiner Begrüßungsansprache konnte er darauf hinweisen, daß die Regierungen und Behörden sich auch diesmal zahlreich eingefunden hätten. Er begrüßte die anwesenden Herren und sprach den Wunsch aus, daß sie der Tagung der größten Arbeitermacht Deutschlands das gebührende Interesse entgegenbringen müßten. Kollege Leipart hieß ferner die Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen herzlich willkommen. Diese waren gekommen aus Oesterreich, Ungarn, Schweden, Dänemark, Holland, Polen, Rumänien, Lettland, dem Memelland, der Schweiz und der Tschechoslowakei. Den Internationalen Gewerkschaftsbund und zugleich die belgische Gewerkschaftsorganisation vertrat der Genosse Mertens-Brüssel. Das Reichsarbeitsministerium und zugleich die Preussische Staatsregierung vertrat der Staatssekretär Geiß. Kollege Leipart dankte den Gewerkschaftsgenossen des Auslandes, die in schwierigen Zeiten die deutsche Arbeiterkraft nicht vergessen haben und den Gewerkschaften durch materielle Unterstützung das Fortleben erst ermöglichten. Als Vertreter der Stadt Breslau war der Oberbürgermeister Dr. Wagner erschienen. Die Provinz Schlesiens vertrat der Oberpräsident, Genosse Zimmer. Um nur die wichtigsten zu nennen, die hergekommen waren, um zu bezeugen, daß ein solches Arbeiterparlament das Interesse der Öffentlichkeit verdient. Nachdem Leipart auf die außerordentlich schwierigen Verhältnisse der heutigen Zeit hingewiesen und der seit dem letzten Gewerkschaftskongress verstorbenen Kämpfer gedacht hat, erklärte er den Kongress für eröffnet.

Als Vertreter des Ortsausflusses Breslau begrüßte Genosse Ruffert den Kongress. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Gewerkschaften den Weg nach Breslau ge-

funden hätten und hob die Bedeutung der Arbeiterbewegung Breslaus und der der Provinz Schlesiens im einzelnen hervor. Der Oberbürgermeister Dr. Wagner entbot den Kongress den Gruß der Stadt Breslau. Breslau befand sich in einer schweren Krise, nicht weniger als 25 000 Arbeitslose würde die Stadt in den nächsten Tagen zu verzeichnen haben. Die Ueberwindung einer solchen Krise sei ohne die Hilfe der erfahrenen Führer der Gewerkschaften nicht möglich, deshalb begrüße er es, den Kongress in Breslaus Mauern tagen zu sehen.

Im Namen des Reichsarbeitsministeriums und des Preussischen Staatsministeriums richtete der Staatssekretär Geiß an den Kongress Worte der Begrüßung. Er entschuldigte das Fernbleiben des Reichsarbeitsministers, der diesmal nicht erscheinen könne. Die schweren Jahre seit dem Leipziger Gewerkschaftskongress seien für die Gewerkschaften Jahre größter Kraftanstrengung gewesen. Daß die Gewerkschaften heute noch stark und innerlich gefestigt dahesten, beweise von neuem die Lebenskraft, Daseinsberechtigung und Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Diese Tatsache müsse der Staat zu würdigen. Der Staat ist sich darüber klar, daß er auf sozialpolitischem Gebiet und-bündig der freiwilligen und verantwortungsvollen Mithilfe der Gewerkschaften bedarf. Die Mitarbeit der Gewerkschaften, gleichberechtigt mit der der Arbeitgeberverbände, sei eine der notwendigen Grundlagen des neuen Arbeitsrechts. Die großen sozialpolitischen Gesetzgebungsarbeiten, die für die nächste Zeit vor uns stehen: Arbeitsrechtsgesetz, Arbeitslosenversicherung, Arbeiterschutzgesetzgebung, lassen sich ohne die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften nicht lösen. Deshalb trachte das Reichsarbeitsministerium der Tagung besonders Interesse entgegen.

Der Oberpräsident der Provinz Schlesiens, Genosse Zimmer, wies in seiner Begrüßungsansprache auf die schwierige Lage Schlesiens als Grenzland hin, das besonders durch den Zollkrieg mit Polen hart mitgenommen wird. Es wäre dringend zu wünschen, daß dieser Handelskrieg bald zu Ende gehen möge. Auch er sei sich vollständig darüber klar, daß die sozialen Nöte der Zeit nur mit Hilfe der Gewerkschaften überwinden werden können.

Genosse Mertens-Brüssel überbrachte die Grüße des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der gesamten übrigen auf dem Kongress vertretenen ausländischen Bruderorganisationen. Nach einleitenden Worten, die in deutsch vorgetragen wurden, sprach Genosse Mertens in temperamentvollem Französisch. Die Rede wurde später vom Kollegen Kummer übersetzt. Genosse Mertens würdigte die internationale Bedeutung Lassalles; er freute sich, in dessen Heimatstadt reden zu können. Er gedachte ferner der großen deutschen Männer Marx, Engels, Bebel und Legien. Deutschland sei das Mutterland der Gewerkschaftsinternationale, denn seien jene die Arbeiter anderer Länder wohl bewußt. Hierauf ging Genosse Mertens auf die internationalen Probleme der Arbeiterbewegung ein und berichtete, daß die Arbeiter aller Länder sich im Kampfe um den Achtstundentag befänden. Ferner sei vor allem die Jugendbewegung von sehr großem Interesse. Er würdigte der gewerkschaftlichen Tagung den besten Erfolg, wobei er der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß dies mehr oder weniger für die Gewerkschaften aller Länder richtunggebend sei. Starker Beifall folgte dem Redner für seine Ausführungen.

Das Internationale Arbeitsamt vertrat Direktor Donau-Berlin. Er dankte für die Einladung des Kongresses und betonte, daß das Internationale Arbeitsamt zum ersten Male auf einem deutschen Gewerkschaftskongress vertreten sei. Das Arbeitsamt sei den deutschen Gewerkschaften für die tatkräftige Unterstützung sehr dankbar. Es könne bei der kurzen Zeit seines Bestehens über namhafte Erfolge berichten. Zahlreiche internationale Verträge zum Schutze der Arbeiter seien bereits ratifiziert und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens wäre eine dringende Notwendigkeit für den Arbeiterschutz aller Länder. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür sei allerdings die Mitwirkung der Gewerkschaften. Genosse Leipart dankte dem Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes und bemerkte, daß den deutschen Gewerkschaften die Mitarbeit am Arbeitsamt erleichtert werden möge und vor allem die deutsche Sprache Anerkennung finden müsse.

Genosse Aufhäuser von der IFA und Kollege Falkenberg vom Allgemeinen Deutschen Beamtendenbund überbrachten die Grüße ihrer Organisationen und betonten die fruchtbringende Wirkung, die das Dreieinheits: Arbeiter, Angestellte und Beamte, für die deutsche Arbeiterbewegung gehabt habe. Kollege Leipart dankte allen Rednern für ihre warmen Worte und drückte den Wunsch aus, daß das Interesse auch fürderhin lebendig bleiben möge.

Dann folgte die Konstituierung des Kongresses. Als Vorsitzende wurden gewählt: Theodor Leipart (ADGB.), Alwin Brandes (Metallarbeiterverband), Dawald Schumann (Werktchrsbund). Als Schriftführer wurden gewählt: Thiemig (Fabrikarbeiterverband), Bernhard (Baugewerks-

bund), Weidert (Bekleidungsarbeiter), Ahlers (Hofgarbeiter), Hemmerich (Buchdrucker), Reichelt (Textilarbeiter). Ferner wurde eine Redaktionskommission und die Mandatsprüfungskommission gewählt.

Den Bericht des Bundesvorstandes erstattete der Vorsitzende Kollege Leipart. Redner ging von der politischen Situation aus, wie sie sich nach dem Gewerkschaftskongress in Leipzig durch den Rathenauunruhm und andere Vorgänge ergeben habe. Die notwendige Folge sei die Forderung zum Schutze der Republik gewesen, die der Gewerkschaftsbund mit allen Mitteln unterstützt habe. Auch in der folgenden Zeit hätten die Gewerkschaften mehr, als es ihnen lieb sei, politische Aufgaben übernehmen müssen. Eine derartig enge Verflechtung der Wirtschaft und des Staates verlange, daß die Gewerkschaften die politische Initiative ergreifen. Dies um so mehr, weil die Unternehmer in steigendem Maße Einfluss auf die Regierungsmaschinerie des Staates bekommen haben. Doch nicht minder groß sei die Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Sozialpolitik gewesen. Hier sei vor allen Dingen die Sorge für die Erwerbslosen zu erwähnen. Eine Arbeitslosenversicherung fände bevor und die Gewerkschaften müssen versuchen, derartige Gesetze so günstig wie möglich zu gestalten. Kollege Leipart ging dann auf den Ruhrkampf ein und verteidigte die Maßnahmen, die der Gewerkschaftsbund getroffen habe. Er erwähnte hierbei die Vorschläge der verschiedensten Art, die der Bund der Regierung machte, und die in den meisten Fällen leider nicht erfüllt wurden. Nachdem Leipart die fürchterlichen Folgen der Inflationsjahre mit einigen Strichen gezeichnet hatte, kam er auf die Kämpfe in der Stabilisierungsperiode zu sprechen. Hier sei besonders der Kampf um die Arbeitszeit zu erwähnen, den die Unternehmer mit verdoppelter Wucht zu führen begannen.

Die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit haben an Schärfe von Monat zu Monat zugenommen und sind heute da angelangt, wo schwere Konflikte kaum mehr zu vermeiden sind. Je mehr sich um die Politik nach rechts entwickelte, je mehr fanden die Unternehmer Bundesgenossen in der Regierung. Die Gewerkschaften hatten also einen Kampf nach zwei Seiten zu führen und die Tätigkeit der Kommunisten sei deshalb mit aller Schärfe zu verurteilen. Sie haben der Arbeiterbewegung den schwersten Schaden zugefügt. In positiven Vorschlägen habe es gemangelt, desto mehr sei die organisationschädliche Tätigkeit in den Vordergrund getreten. Genosse Leipart erwähnte noch die Leistung der Mitgliedsbeiträge. Diese hätten für das Jahr 1924 nur durchschnittlich 19,27 Mk. betragen, während sie im Jahre 1913 noch 29,41 Mk. betragen haben. Die Mitgliedsbewegung sei leider eine rückgängige gewesen und alle Anstrengungen müssen darauf gerichtet werden, die Reihen der Gewerkschaftsverbände zu stärken. Zum Schluss ging der Genosse Leipart noch einmal auf die gegenwärtige Situation ein und betonte, daß die schwierigen Verhältnisse nur überwunden werden können, wenn der Gewerkschaftsbund in seinen Maßnahmen die größtmögliche Hilfe und Unterstützung der breiten Masse erfahre.

Die Distriktsliste über den Geschäftsbericht war äußerst lesbar. Die Kollegen Ditzmann (Metallarbeiterverband), Krauß (Metallarbeiterverband), Galm (Sattlerverband), Jista (Metallarbeiterverband), Hübsch (Textilarbeiterverband), Schäfer (Metallarbeiterverband), Simon (Schuhmacherverband), Jusumam (Bergarbeiterverband), Brey (Fabrikarbeiterverband) und andere begründeten die zum Geschäftsbericht gestellten Anträge oder suchten Mittel und Wege zu zeigen, wie die Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes sich in nächster Zeit gestalten müsse.

Der Kollege Kaufmann-Hamburg sprach für die Konsumgenossenschaften und Kollege Besche-Hamburg für die Volksfürsorge. Der Direktor Meyer der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten legte die Ziele und die Aufgaben der Arbeiterbank dar.

In seinem Schlusswort ging der Kollege Leipart auf die Distriktsliste ein und antwortete besonders den beiden auf dem Kongress anwesenden kommunikativen Vertretern. Den Regierungsvertretern gab der Kollege Leipart die Mahnung auf den Weg, daß der ADGB gewillt sei, mit allen Mitteln die berechtigten Wünsche der Arbeiterklasse zu unterstützen. Auf eine Einsicht der Unternehmer sei leider nicht zu rechnen, wie allerneueste Rundgebungen von den Arbeitgeberverbänden bewiesen. Wenn die vorgelegten Richtlinien des ADGB restlos befolgt und von den Arbeitern unterstützt werden, dann würde es nicht schlecht um die Arbeiter bestellt sein.

Zahlreiche Anträge zum Geschäftsbericht verfielen der Ablehnung bzw. wurden nicht genügend unterstützt. Die grundlegenden Anträge des Bundes zur Arbeitszeitfrage usw. wurden angenommen. Den Höhepunkt des zweiten Verhandlungstages bildete das großzügig angelegte Referat des Herrn Professor Dr. Hermberg-Leipzig. Dessen Ausführungen verdienen es, später besonders gewürdigt zu werden.

Der Verlauf des Gewerkschaftskongresses ließ erkennen, welche Macht die organisierte Arbeiterklasse darstellt. Nicht allein in der zahlreichen Vertretung der Regierung und Behörden kommt dies zum Ausdruck, sondern in der Würdigung, die diese Tagung in der Öffentlichkeit erfuhr. Die Gewerkschaften sind der Fels, um den sich die deutsche Arbeiterklasse mehr und mehr schart. In ihm werden sich auch die reaktionären Wogen der Unternehmer brechen.

### Wirtschaftsfragen auf dem Gewerkschaftskongress.

Der Gewerkschaftskongress erreichte einen besonderen Höhepunkt, als der Professor Genosse Dr. Hermberg-Leipzig über die deutsche Wirtschaft sprach. Es ist falsch, die Krisen der heutigen Wirtschaft als durch Kriegs- und Nachkriegszeit zu erklärende unüberwindliche Lauschen aufzulösen. Trotz Krieg und Inflation liege sich vieles ändern. Festzuhalten ist vor allen Dingen, daß wir heute keinen Rohstoffmangel, sondern in der Hauptsache Absatzschwierigkeiten zu verzeichnen haben. Entscheidend für den Lebenspielraum ist die Rohstoffbasis nicht, auch nicht die politische Machtlosigkeit trägt daran die Schuld, was dadurch bewiesen wird, daß unsere hauptsächlichsten Exportländer solche Staaten sind, in denen wir politisch einflußlos sind.

Die Krise der Wirtschaft wird in der kapitalistischen Aufassung weiter darauf zurückgeführt, daß die deutsche Wirtschaft mit Lasten aller Art beladen sei. Diese Vorbelastung sei es, so erklärten sie, die den Produktionsprozeß ungeheuer erschwere. Demgegenüber ist festzustellen, daß andere Länder weit mehr eine Steigerung der öffentlichen und sozialen Lasten zu verzeichnen haben, als dies in Deutschland der Fall ist. Diese beträgt in England das vierfache, in Amerika das fünffache und in der Schweiz das dreifache.

Die Belastung der deutschen Wirtschaft durch den Friedensvertrag und die sozialen Aufgaben wird aber reichlich ausgeglichen durch die verhältnismäßig niedrigen deutschen Löhne. Während wir in anderen Ländern eine Steigerung der Goldlöhne bis zu 300 Prozent zu verzeichnen haben, weist der deutsche Goldlohn von heute nur eine Steigerung von 156 Prozent für ungelernete und auf 132 Prozent für gelernete Arbeiter auf. Bestenfalls kann man eine Steigerung der Goldlöhne um 50 Prozent annehmen. Die Ersparnis der Unternehmer an Arbeitslöhnen gegenüber den europäischen Durchschnittskonkurrenten beträgt 33 Pf. pro Stunde für den gelerneten und 20 Pf. für den ungelerneten Arbeiter. Für die Gesamtheit der Industriearbeiter Deutschlands berechnet, macht dies eine Ersparnis von 3 Milliarden Mark im Jahre aus. Selbst bei Annahme von Fehlerquellen könne immer noch eine Ersparnis von 4 Milliarden Mark auf das Entlastungskonto verbucht werden. Die Vorbelastung der deutschen Wirtschaft wird durch diese Tatsache vollständig aufgehoben. Nicht schlechter brauchen die deutschen Volksgenossen zu leben.

Der Grund der deutschen Konkurrenzlosigkeit liegt einzig und allein in der technischen und organisatorischen Rückständigkeit der Produktionsbetriebe. Die Unternehmer versuchen die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, einestheils durch die Monopolisierung des Inlandmarktes und durch das einfache aber gefährliche Mittel: Herabsetzung der Löhne. Die Gewerkschaften sind berufen, dem mit allen Mitteln entgegenzuarbeiten. Deshalb ist es notwendig, den Kampf um Erhöhung der Löhne zu führen und vor allem die lange Fixierung der gegenwärtigen Lohnhöhe durch Tarifverträge zu verhindern. Die Preisabbaution der Regierung setzt Verhältnisse voraus, die heute absolut nicht gegeben sind, weshalb die Aktion sich zu einer Komödie auswirkt. Ein Preisabbau ist in einer ungezügelter Wirtschaft unmöglich. Die Gewerkschaften dürfen sich von solchen Aktionen von ihrem gerechten Kampfe um kurzfristig fixierte Löhne nicht ablassen lassen. Von einer Wirtschaftsführung, die mit Betriebsführung durchaus nicht identisch ist, kann heute in Deutschland nicht gesprochen werden. Die kapitalistische Wirtschaft ist heute anarchofiskaler denn je. Demgegenüber ist es ein erhebendes Gefühl, den großen Faktor der Volkswirtschaft, die Arbeit, geschlossen in den Gewerkschaften zusammengefaßt zu sehen. Die Gewerkschaften schützen hier eines der wertvollsten Güter der Wirtschaft und ihre Aufgabe ist und bleibt es, den Kampf um den Lohn und den Kampf um die Freiheit der Arbeiter zu führen. Der bestgeeignete Arbeiter hat sich noch immer als der beste Kämpfer erwiesen. Der Mensch muß gegen die Wirtschaft der Unternehmer verteidigt werden, die Gewerkschaften sind die einzige Macht, diesen Kampf zu führen.

### Der Gewerkschaftskongress zur Wirtschaftsdemokratie.

Diese Frage wurde vom Kollegen Hermann Jäckel (Legitarbeiterverband) behandelt. Man kann nicht von einer nur deutschen Krise sprechen, sondern muß erkennen, daß diese Krise international ist. In allen Ländern hat es sich gezeigt, daß die kapitalistische Wirtschaft zur Überwindung dieser Krise unfähig ist. Man verlange überall, besonders in Deutschland, eine Steigerung der Ergiebigkeit der Arbeit. Dies führt dazu, daß die Mechanisierung, wie wir sie in Amerika sehen, ungeheure Fortschritte macht. Doch in dieser Mechanisierung, wie sie von Taylor und Ford entwickelt wurde, kann nie und nimmer das Heil der Menschheit gesehen werden. Vielmehr muß die persönliche Energie des einzelnen Arbeiters zur Ausbildung gelangen. Darüber hinaus muß eine Demokratisierung der Wirtschaft erstrebt werden. Diesem Bestreben stehen die Unternehmer den heftigsten Widerstand entgegen. Mit um so größerem Nachdruck ist eine Wirtschaftsdemokratie von der Arbeiterklasse zu fordern. Es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß dies nur im scharfen Kampfe mit dem Unternehmertum zustande gebracht werden kann.

Doch man sollte sich über eins nicht im unklaren sein, daß eine Demokratisierung der Wirtschaft nur von einer intellektuell gesulten Arbeiterklasse verwirklicht werden kann. Die Arbeiterklasse muß den Wirtschaftsprozess mit ihrem Geiste zu durchdringen versuchen.

Aber noch andere Wege sind beschritten worden und hier ist besonders auf die praktische Wirtschaftsführung durch die Arbeiter in den Konsumgenossenschaften, in der Bauhüttenbewegung und den Arbeiterbanken zu verweisen. Ein

anderer Weg, die Demokratisierung der Wirtschaft zu erreichen, ist die Einschränkung des Staates und der Kommunen auf wirtschaftliche Betriebe. Sofern die politische Macht der Arbeiterklasse stark genug ist, vermag sie die Betriebe in öffentlicher Hand zu beherrschen.

Doch darüber hinaus muß die Errichtung eines Wirtschaftsparlaments gefordert werden. In Deutschland bestehen 156 Handelskammern und Wirtschaftskammern der Unternehmer. Hier befinden sich teilweise die Schaltel der Wirtschaft und die Arbeiterklasse muß versuchen, durch paritätische Teilnahme hier Einfluß zu gewinnen. Die arbeitenden Massen Deutschlands müssen ein gleichberechtigtes Mitglied der Wirtschaft und Gesellschaft sein. Neben dem demokratischen Staat muß eine demokratische Wirtschaft errichtet werden. Von dieser Plattform aus ist der Sozialismus leichter zu erringen.

Die Diskussion über diese zwei großen Fragen stand auf einer bemerkenswerten Höhe. Das bereits von den beiden Referenten vorgebrachte Material wurde noch wesentlich durch die Diskussionsredner ergänzt. Kollege Eggert wies besonders auf die außerordentlich wichtige Frage der Zollgehegung hin, wodurch bewiesen sei, daß eine wirtschaftspolitische Führung in Deutschland in dieser Frage dennoch vorhanden ist. Die Zollgehegung ist eine große Lohnbewegung der beliehenden Klasse. Das der Heffentlichkeit unterbereitete Zahlenmaterial über die passive Handelsbilanz ist falsch. Gefährlich ist es deshalb, durch Einschränkung des Verbrauches und eine ungesunde Steigerung des Exports den Ausgleich der Handelsbilanz herbeizuführen. Die Frage wurde scharf umstritten, ob man reine Arbeiterkammern oder paritätische von Arbeitern und Unternehmern verwaltete Wirtschaftskammern fordern soll. Der Kongress entschied sich durch Annahme der Entschließung des Bundesvorstandes, die paritätische Kammern vorseht und die wir nachstehend veröffentlichen.

### Die Gewerkschaften und die Wirtschaft.

I.

Die privatkapitalistische Entwicklung der Weltwirtschaft hat seit Beendigung des Weltkrieges gemaltige Fortschritte gemacht. In den alten Industrieländern ist der Zusammenschluß großer Wirtschaftszweige zu mächtigen Konzerngebilden vollzogen worden. In anderen Ländern sind ganze Industrien neu entstanden mit dem Ziel, die Wirtschaft des eigenen Landes möglichst unabhängig zu machen von den Wechselfällen der Weltwirtschaft. Selbst jene Staaten Europas und der überseeischen Erde, die vor dem Kriege fast reine Agrarwirtschaft trieben oder noch im Anfangsstadium ihrer industriellen Entwicklung standen, haben während und nach dem Kriege einen bedeutenden industriellen Aufschwung genommen. Begünstigt wurde dieser Entwicklungsgang durch die Ertragsverluste der technischen Wissenschaft und die Anwendung der wissenschaftlichen Betriebslehre. In einer Anzahl Industriezweige der Weltwirtschaft wird jetzt das Vielfache der Vorkriegszeit erzeugt.

Infolge dieser Entwicklung haben sich auf den Absatzmärkten der Welt tiefgreifende Veränderungen vollzogen, die dem Welthandel schwierige Aufgaben stellen und neue Bahnen weisen. Einher mit dieser Entwicklung schreitet infolge der schubhülleren Wirtschaftspolitik der herrschenden Klassen in allen Ländern eine mehr oder weniger starke Verteuerung des Aufwandes für die Lebenshaltung und dadurch eine Verringerung der Kaufkraft der großen heftlosen Verbrauchermassen. Mit dem Sinken der Kaufkraft des größten Volksteils entschwindet aber die Aufnahmefähigkeit des eigenen Inlandmarktes. So geraten Gütererzeugung und Güterausfuhr der Welt durch Verchiebungen und Abregelungen der einseitigen Absatzgebiete und ferner infolge des Niederganges der Inlandmärkte in Stodungen; Wirtschaftskrisen werden Dauerzustand, Arbeitslosigkeit, Not und Elend der wertmäßigen Bevölkerung sind die Folgen.

Obwohl diese Entwicklung nicht in allen Ländern den gleichen Wirkungsgrad aufweist, ist doch die große allgemeine Linie überall dieselbe. Die Weltwirtschaftslage spilt sich zu. Das privatkapitalistische Arbeits- und Wirtschaftssystem befindet sich in einer unheilbaren, aus seinem inneren Widerspruch entstehenden Situation. Es beschleunigt das Tempo seiner geschichtsnotwendigen Umgestaltung im Sinne der Gemeinwirtschaft, der handelspolitischen Freiheit und der internationalen Rohstoff- und Arbeitsverteilung.

Das deutsche Unternehmertum steht der gekennzeichneten weltwirtschaftlichen Entwicklung mit ihren völlig veränderten Weltmarktverhältnissen zurzeit ratlos gegenüber. Die große Mehrheit der Unternehmer hat in den Jahren des Währungsverfalls, da deutsche Erzeugnisse mühselos in der Welt Absatz fanden, die technische Vervollkommnung ihrer Werte und den Ausbau der Betriebsorganisation schwer vernachlässigt. Infolgedessen ist das Problem der Rationalisierung der Arbeit, auf dem die Erfolge der anderen Länder, besonders Amerikas beruhen, in Deutschland und seiner Wirtschaft ungefaßt geblieben. Hinzu kommt, daß die immer noch fortbestehende starke Ueberlegung des Zwischenhandels große Teile des Produktionsertrages aufzehrt und die Warenpreise noch mehr verteuert. Deshalb begegnen deutsche Waren auf dem Weltmarkt wie im eigenen Lande der siegreichen ausländischen Konkurrenz.

In dieser Lage sucht das Unternehmertum durch Schutzgölle, Kartelle und Konzerne für sich auf dem Inlandmarkt eine Monopolstellung zu schaffen, um die deutschen Preise über die Weltmarktpreise hinauszutreiben zu können. Andererseits strebt es zur Wiedererlangung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt danach, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten auf einen im Vergleich mit den Auslandsgehältern unerschöpflich niedrigen Stand festzusetzen.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Bestrebungen, die einen hohen Mangel an Einfachheit und Verantwortungsgesühl bei den Unternehmern beweisen. Nicht niedrige Löhne und lange Arbeitszeit in Verbindung mit technischer Rückständigkeit, sondern hohe Löhne, kurze Arbeitszeit, rationale Produktionsmethoden und Organisation der Wirtschaft geben Gewähr für den wirtschaftlichen Aufstieg und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt. Alle Versuche, den deutschen Markt von den Auslandskonkurrenz abzuschließen und die Löhne der deutschen Arbeiter auf ihren gegenwärtigen niedrigen Stand zu binden, sind durch entsprechende Gegenmaßnahmen zu bekämpfen.

Zur Erfüllung der Aufgaben, die den deutschen Erwerbswirtschaften aus der gegenwärtigen Wirtschaftslage erwachsen, erachtet der Kongress die tätige Mitwirkung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften für unerlässlich. Nur durch die Demokratisierung der Wirtschaft neben umfassender Rationalisierung der Arbeit durch betriebsorganisatorische und technische Maßnahmen kann die Lösung der wirtschaftlichen Probleme erfolgen.

Die Gewerkschaften haben seither schon durch die Erämpfung der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen den Weg zur Demokratisierung der Wirtschaft erfolgreich beschritten. Denn durch den Tarifvertrag ist der Absolutismus des Unternehmers im Betriebe gebrochen worden. Die Tarifverträge müssen durch den Kampf der Gewerkschaften in dieser Richtung weiter vervollkommen und verbessert werden.

Der Kongress ruft deshalb die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands auf, durch Stärkung der Gewerkschaften die Voraussetzung für die weitere Durchführung der Wirtschaftsdemokratie zu schaffen. Er verpflichtet die angeschlossenen Gewerkschaftsverbände, ihre zentralen, bezirklichen und örtlichen Organe und alle Mitglieder zu intensiver wirtschafts- und sozialpolitischer Tätigkeit in allen in Betracht kommenden Körperchaften des Reiches, der Länder und der Gemeinden; zu energischer Förderung der Arbeiterkonsumgenossenschaften und der Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion sowie aller freien, der Kontrolle der organisierten Arbeiterkraft unterliegenden gemeinwirtschaftlich arbeitenden Erwerbswirtschaften; zu planmäßiger Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen, deren Zweck die intellektuelle Vorbereitung der Arbeiterklasse für die kommende Wirtschaftsdemokratie ist.

Der Kongress fordert vom Reich, von den Ländern und den Gemeinden:

1. Rolle Durchführung der Anerkennung der Gewerkschaften, die als Sachwalter der Arbeiterschaft innerhalb der Wirtschaft gleichberechtigt mit den Unternehmern an dem Wirtschaftsausbau und der Wirtschaftsführung entsprechend dem Wortlaut und Geist des Artikels 165 der Reichsverfassung zu beteiligen sind.
2. Scheunige Umgestaltung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats zu einem wirklichen und organisch aufgebauten Wirtschaftsparlament; scheunige Errichtung von Bezirkswirtschaftsräten entsprechend dem Artikel 165 der Reichsverfassung.
3. Scheunige Errichtung paritätischer von Unternehmern und Arbeitern verwalteter Wirtschaftskammern für Industrie, Handel und Verkehr, Handwerk und Landwirtschaft.
4. Errichtung von Selbstverwaltungskörpern nach Artikel 156 der Reichsverfassung für alle Industrien mit zweckmäßiger Gliederung nach Bezirken und Branchen.
5. Einführung einer regelmäßig durchzuführenden Produktionsstatistik sowie wissenschaftlicher Untersuchungen der Wirtschaft und ihrer Zusammenhänge, insbesondere auch über die Ursachen der Wirtschaftskrisen. Die Gewerkschaften sind an diesen Aufgaben zu beteiligen.
6. Ermöglichung der Teilnahme von Arbeitern an höheren Bildungsanstalten zum Zwecke der Vermittlung der Wirtschaftswissenschaft in Theorie und Praxis. Subventionierung der von den Gewerkschaften geschaffenen Bildungsstätten.
7. Erhaltung und Mehrung der im Belh von Reich, Ländern und Gemeinden befindlichen Wirtschaftsbetriebe; systematische Steigerung der Versorgung der Bevölkerung in wichtigen Bedarfsartikeln mit Hilfe solcher öffentlichen, gemeinwirtschaftlich arbeitenden Betriebe.
8. Förderung und Unterstützung freier, auf dem Prinzip der Selbstverwaltung aufgebauter gemeinwirtschaftlich arbeitender Erwerbswirtschaften.
9. Planmäßige Unterstützung der Konsumgenossenschaften, insbesondere durch Förderung konsumgenossenschaftlicher Eigenproduktion.
10. Eine unter Mitwirkung der Gewerkschaften planmäßig durchgeführte Schulung und Unterrichtung aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Betriebe, besonders der Betriebsräte, über Organisation und Technik der einzelnen Betriebsabteilungen und über die Zusammenhänge der Abteilungen eines Betriebes untereinander, über den Zusammenhang der Betriebe in Konzerngebilden und über die besonderen Aufgaben der einzelnen Betriebe im Rahmen des Konzerns, über etwa bestehende Verbindungen und Zusammenhänge des Konzerns mit anderen Konzernnen und über deren Zweck und Nutzen, über Konventionen, Kartelle, Syndikate oder ähnliche Gebilde, ihren Zweck und Inhalt und ihr Wirten.
11. Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes der Betriebsräte.

Indem der Kongress diese Forderungen erhebt, betont er ausdrücklich, daß die von der Verfassung versprochene gerechte Wirtschaftsordnung und die verheißene Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten an der Wirtschaftsführung eine grundsätzliche Neugestaltung der Wirtschaftsordnung voraussetzt; welche die in der kapitalistischen Lohnwirtschaft in viele Einzelwirtschaften zerfallenen Wirtschaftskräfte einheitlich zusammenfaßt und damit eine Wirtschaftsführung in dem von den Gewerkschaften erstrebten Sinne überhaupt erst ermöglicht.

Der Kongress erklärt, daß die Führung der deutschen Arbeiterkraft in allen Fragen der Wirtschaft bei den gewerkschaftlichen Organisationen liegen muß. Der DGB, ist das Gemeinchaftsorgan der deutschen Gewerkschaften, dem die einheitliche Vertretung der Gesamtinteressen der Arbeiterklasse obliegt, die gleichbedeutend sind mit den Interessen des großen Teiles des deutschen Volkes.

Der Kongress ruft die Arbeiterklasse auf zum Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft, die zur Gemeinwirtschaft geführt werden muß, zur praktischen Mitwirkung an den Aufgaben des demokratischen Staates und der demokratischen Gemeinden, zum Kampf um die Erringung maßgebenden Einflusses auf Gesetzgebung und Verwaltung im Zusammenwirken mit der politischen Vertretung der deutschen Arbeiterklasse. Die politische und die wirtschaftliche Freiheit ist die Voraussetzung für die Entfaltung der kulturellen Kräfte der Arbeiterklasse.



# Die Internationale Arbeitsorganisation.

## II. Wirken und Erfolge.

Wie schon erwähnt, ist die Internationale Arbeitsorganisation eine Interessengemeinschaft der Mitgliedsstaaten zur Förderung der internationalen Sozialpolitik. Der Charakter dieser Interessengemeinschaft bestimmt auch das Wirken und die Erfolge. Wiederum ergibt sich der Charakter aus der gesamten Einstellung der Mitgliedsstaaten. Die Mitgliedsstaaten betrachten nun die Sozialpolitik im allgemeinen erstens als eine notwendig gewordene Konzeption an die immer mehr auftretenden Gewerkschaften und zweitens können wir in der Förderung der Sozialpolitik teilweise einen Ausfluß der Erkenntnis erblicken, daß die Arbeitskraft das wichtigste Gut eines Volkes ist und deshalb des Schutzes des Staates bedarf. Die internationale Sozialpolitik ist von den Staaten vielfach im Eigeninteresse gefördert worden. Eifrige Förderer der internationalen Sozialpolitik waren vielfach Staaten mit fortgeschrittener sozialpolitischer Gesetzgebung und dies meist im Interesse der Wirtschaft und zur Vermeidung des sozialen Dumpings. Dies ist auch der dominierende Gedanke in der Internationalen Arbeitsorganisation. Das ganze Wirken und die Erfolge der Internationalen Arbeitsorganisation werden sich deshalb nur teilweise in der Richtung der Forderungen der Gewerkschaften vollziehen. Sie werden sich an diese Forderungen anlehnen, soweit die Gegenwart es verlangt und die Arbeitskraft unbedingt dieses oder jenes Schutzes bedarf. Aber weit entfernt wird die I.A.O. davon sein, Arbeit im Interesse der Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften zu leisten, Arbeit, die auf eine vollkommene Befreiung der Ausbeutung der Arbeitskraft hinausläuft. Die I.A.O. ist, wie aus dem ersten Artikel ersichtlich, eine Organisation, die auf dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft auf internationaler Grundlage beruht. Und dieser Aufbau besagt schon, daß die Erfolge der Organisation immer weit ab von unseren Wünschen sein werden. Aber eine Regierung der I.A.O. durch die Gewerkschaften wäre ebenso falsch wie ein zu großes Vertrauen. Die I.A.O. gibt die Möglichkeit sozialpolitischer Fortschritte auf dem Gebiete der internationalen Sozialpolitik und es ist ein Zeichen von wahrem internationalen Geist und Verständnis, wenn hauptsächlich die Gewerkschaftsbewegung sozialpolitisch fortgeschrittener Länder ihre Mitarbeit in der I.A.O. nicht verweigert, sondern ihren ganzen Einfluß geltend macht, um die Sozialpolitik in allen Ländern zu fördern. Dies entspricht den Traditionen, dem Trachten und Denten der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Die erste Internationale Arbeitskonferenz war wohl der wichtigste eins. Sie tagte in Washington im Oktober und November 1919. Unter der ersten Einwirkung der Nachkriegszeit gestellt, vielfach beeinflusst von der Aufwärtsentwicklung der Gewerkschaften nach dem Kriege, war ihre Tätigkeit eine intensive und fruchtbare. Aus der Zahl der Übereinkommen und Vorschläge, die in Washington angenommen wurden, seien insbesondere der Entwurf eines Übereinkommens, betreffend Festsetzung der Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben auf 8 Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich, Entwurf eines Übereinkommens über die Nachtarbeit der Frauen und der Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft, Entwurf eines Übereinkommens, betreffend Kinderarbeit, Entwurf eines Übereinkommens, betreffend die Arbeitslosigkeit, genannt. Die zweite Konferenz in Genoa 1920 beschäftigte sich nur mit Seemannsfragen und hat auf diesem Gebiete für alle Staaten erhebliche Fortschritte gebracht. Im Mittelpunkt der dritten Internationalen Arbeitskonferenz in Genf 1921 stand die Sozialpolitik in der Landwirtschaft. Die hier teilweise herrschenden Zustände (man denke an das Bestehen der Gefährdung in Deutschland bis 1918) sind durch die in Genf gefassten Beschlüsse der Verringerung näher gerückt. So traf man Übereinkommen betreffend die Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft, betreffend Nachtarbeit der Frauen, betreffend Koalitionsrecht der Landarbeiter, betreffend Unterbringung der landwirtschaftlichen Arbeiter usw. Von sonstigen gefassten Beschlüssen seien noch erwähnt das „Übereinkommen betreffend den wöchentlichen Ruhetag in gewerblichen und Handelsbetrieben“. Die vierte Konferenz in Genf 1922 war mehr der Diskussion über den Ausbau des Arbeitsamts und der Frage der Nachprüfung und nachträglichen Abänderung von Übereinkommen, wie überhaupt inneren Fragen der I.A.O. gewidmet. Man einigte sich hier ferner über einen Vorschlag betreffend Zuweisung von Material an das Internationale Arbeitsamt über Ein-, Aus-, Durch- und Rückwanderung, ferner kam auf Antrag der englischen Regierung das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag nochmals zur Sprache, das die englische Regierung in verschiedenen Punkten abgeändert wissen wollte. Einen breiten Raum nahmen noch Diskussionen über die Arbeitslosigkeit ein. Auf die fünfte Internationale Konferenz warfen die wirtschaftlichen Verhältnisse ihre Schatten. Die Weltwirtschaftskrise hatte alle europäischen und außereuropäischen Länder erfasst und jeden Fortschritt in der Sozialpolitik gehemmt. In Deutschland kam zur Wirtschaftskrise die Inflation, die noch eine Verschärfung der Wirtschaftskrise bedeutete. Auch die Arbeitskonferenz konnte den Verhältnissen entsprechend viel neue Vorschläge zum Ausbau des Arbeiterschutzes nicht bringen. Es legte eine eifrige Diskussion über die Arbeitslosigkeit ein. Am Schluß wurde ein dementsprechender Vorschlag angenommen. Die vorjährige sechste Konferenz brachte zum erstenmal die Neuerung der ersten Besung. Beschlüsse in erster Besung sind gefast worden über Behandlung ausländischer Arbeiter, Nachtarbeit in den Bäckereien u. a. m. Als wichtiges Ergebnis ist von dieser Konferenz noch eine Diskussion und ein Vorschlag über das vielumstrittene und außerordentlich interessante Problem „der Nutzung der Freizeit der Arbeiter“ zu nennen.

Die Zahl der „Entwürfe für Übereinkommen“ und der „Vorschläge für die Staatsgesetzgebung“ hat in den sechs Konferenzen eine ansehnliche Höhe erreicht. Es kommt nun darauf an, welche positiven Erfolge die Internationale Arbeitsorganisation zu buchen hat, also inwiefern die Übereinkommen ratifiziert worden und die Vorschläge für die Staatsgesetzgebung bei der Verabschiedung entsprechend Gehehe berücksichtigt worden sind. Das Internationale Arbeitsamt macht darüber folgende Angaben. Bis zum 15. Dezember 1923 wurden von allen Ländern insgesamt 91 Ratifikationen vorgenommen, 12 Länder erklär-

ten ihren Beitritt zum Berner Übereinkommen betreffend das Verbot der Verwendung von weißen Phosphor, 31 Länder ratifizierten Übereinkommen, ohne diese aber zu notifiederen (in Kraft treten zu lassen), 120 Regierungen empfahlen den zuständigen Stellen die Ratifikation von Übereinkommen, in 93 Fällen sind Übereinkommen und Vorschläge von der Staatsgesetzgebung ganz oder teilweise berücksichtigt worden und in 74 Fällen gelangen Übereinkommensentwürfe und Vorschläge zur Anwendung, die noch nicht endgültig angenommen worden sind.

Man sieht, das Ergebnis der Internationalen Arbeitsorganisation entspricht trotz der vielen Zahlen nicht den Erwartungen der Arbeiterorganisationen, die sie sich bei aller vorläufigen Bewertung der Arbeit der Internationalen Arbeitsorganisation gesetzt hatten. Die Schuld liegt aber weniger bei der Internationalen Arbeitsorganisation als bei den betreffenden Mitgliedsstaaten, die sich die Vorschläge und Übereinkommen der internationalen Arbeitskonferenzen wenig zu eigen machen. Es wird der Arbeit zu erwagen sein, ob nicht Satzungsänderungen der Internationalen Arbeitsorganisation notwendig sein werden, die den Staaten eine größere Pflicht auferlegen in der Frage der Ein- und Durchführung der auf den Konferenzen gefassten Beschlüsse. Leider sind wir heute weit ab von der Möglichkeit, derartige Änderungen durchführen zu können. Es wird vielfach von der Initiative der Gewerkschaften und sozialistischen Arbeitervertreter und von der parlamentarischen und wirtschaftlichen Stärke der Arbeiterbewegung in den Ländern abhängen, inwiefern es möglich ist, auf die Entscheidung der Regierungsvertreter den Einfluß zu gewinnen, der im Sinne der oben geäußerten Betrachtungen liegt. Im übrigen aber wird es nach wie vor eine große Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung der einzelnen Länder sein, auf die nationale Sozialpolitik gefassten einzumwirken. Die vielen Beschlüsse und Vorschläge, das ausgezeichnete statistische Material und die oftmals tiefgründigen Diskussionen der internationalen Arbeitskonferenzen bilden ein Waffenarsenal in dem Kampf um die Erreichung sozialpolitischer Positionen, die im Bereich des Programms der Gewerkschaftsbewegung liegen.

## Tagung des nordbayerischen Gaus.

In Bamberg, der alten Bischofsstadt am Main, trafen sich am 16. August nach einer durch die Zeit der Inflation erzwungenen Pause von vier Jahren die Vertreter der nordbayerischen Zahlstellen zu einem Goutag, um dort zu berichten über ihre Tätigkeit in der schwersten Zeit, die die Gewerkschaftsbewegung jemals durchzumachen hatte und neue Anregungen zu empfangen. Mit Ausnahme von Hof hatten alle Zahlstellen Vertreter geschickt. Vom Verbandsvorstande war Kollege Bucher und vom Gau Südbayeren Kollege Scheinmayer-München anwesend. Die Bruderverbände hatten ihre Gau- bzw. Bezirksleiter entandt und auch die Bamberger graphischen Organisationen waren durch ihre Vorsitzenden vertreten. Dem Bericht des Gauleiters, Kollegen R a u s, ist es zu entnehmen, daß die hinter uns liegende Zeit eine frühere Zusammenkunft unmöglich machte. Der Mitgliederbesuch im Gau betrug zur Zeit der Inflation, des mit Wolddampf betriebenen Notendrucks 2120, während wir zur Zeit des Tiefstandes der Gewerkschaften nur 1372 Mitglieder mustern konnten. Der letzte Quartalsabschuß zeigte die Zahl 1608. Damit ist auch in unserem Gau eine Stabilisierung eingetreten. Der allgemeine gute Geschäftsgang, sowie die Wiedereinführung der Unterstützungen werden viel zur Festigung des Mitgliederstandes beitragen. Speziell die Angehörigen der graphischen Gewerbe hatten in der Inflationszeit Schweres zu ertragen und auch in der Zeit, als alles zusammenbrach, verweilte der Mitgliederstand nicht am Gewerkschaftsgange. In berebten Worten schilderte Koll. Redding die Lage unseres Verbandes in der kritischen Zeit, sowie die damaligen politischen Verhältnisse in Bayern, die Kämpfe der Gewerkschaften um die Aufrechterhaltung des Achtstundentages und die bedauerliche Gleichgültigkeit vieler Arbeiterkreise gegenüber den gewerkschaftlichen und politischen Vorgängen. Unser Mitgliederstand hat sich gegen den Friedensstand mehr als verdoppelt. Eingehend auf die Verhältnisse in den Zahlstellen wurde betont, daß der Reichsstarke im Buchdruck überall eingehalten wird. Die im Januar 1924 geplante Auspassung durch die Buchdruckprinzipale war ein Schlag ins Wasser; uns brachte die Kündigung an allen Orten vereinzelt Mitglieder, die wir ohne diesen Gewaltföhr nur schwer gewonnen hätten. Die Krise im Buchdruck vor Stabilisierung der Währung wirkte sich in den kleineren Druckereien, Entlassungen und als in den größeren Städten. Kurarbeit, Entlassungen und Betriebsstilllegungen waren an der Tagesordnung. Die Vorgänge bei den Verhandlungen im Nürnberg-Fürther Steindruckgewerbe gaben Anlaß zu einer eingehenden Erörterung aller in Betracht kommenden Gesichtspunkte im Vergleich zu anderen Steindruckereien. Um Steindruck ist es ziemlich ausgeschlossen, durch freie Verhandlungen zu einem Abschuß zu kommen; der Schlichtungsausschuß muß immer eingreifen. Der durch die Zollvorsorge eingeleitete Raubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes wird nicht ohne Rückwirkung auf das Steindruckgewerbe bleiben, soweit dasselbe auf den Export angewiesen ist. Ein besonderes Augenmerk muß auf die Heranbildung eines geeigneten Nachwuchs gelegt werden. Daher müssen die Weiterbildungseinrichtungen der Arbeiterschaft, die jetzt bestehen, durch rege Anteilnahme unterstützt werden. Mit warmen Worten des Dankes an die Funktionäre der einzelnen Zahlstellen schloß der Gauleiter seinen ausführlichen Bericht.

Es erfolgten nun die Berichte der einzelnen Zahlstellen, die manches ergänzten und die besonderen örtlichen Verhältnisse betrafen. Anerkannt muß werden die Unterstützung der kleinen Zahlstellen durch die Buchdrucker. Ein gutes Zusammenarbeiten mit den übrigen graphischen Verbänden ist an allen Orten festzustellen.

Dann gab Kollege Bucher einen Rückblick auf den Verlauf und die Beschlüsse des Hamburger Verbandsstages, wobei er einen Vergleich, mit der Frankfurter Tagung im Jahre 1920 zog. Die Auswirkung der Inflation auf den Verband darlegend, besprach er die einschlägige Taktik, den finanziellen Wiederaufbau, unsere Lohn- und Tarifpolitik, sowie den jähren Kampf um die Durchführung des Reichsstarkes im Buchdruck, die fast reiflos erfolgte. Die Kollegenschaft darf sich, weil die Auseinandersetzungen meist nur im Verhandlungszimmer erfolgen, nicht ein-

schließen lassen, das kann nicht oft genug gesagt werden. In anderen Gewerben und Industrien müssen immer noch unter schweren Opfern große Kämpfe um neue Lohnsätze geführt werden. Es wird nicht nur bei der Zollvorsorge versucht, die Lasten der Gesamtheit auf die schwächeren Schultern der Arbeiterschaft abzuladen. Die angehende Verteuerung des Lebensunterhaltes, die Erhöhung der Mieten usw. verlangen getieferische Anpassung der Löhne. Der Kampf im Schriftgießergewerbe zeigt uns hinsichtlich die Entschloffenheit des Unternehmertums, der Arbeiterschaft den weiteren Aufstieg und einen größeren Anteil an dem Gewinn zu unterbinden. Zu den Verhältnissen im Steinbruch übergehend, führte der Verbandsvorsitzende aus, daß im Gegenlag zum Buchdruck dort mehr die kaufmännische Einstellung mit ihrer Syndikatsvertretung in den Vordergrund tritt. Im Buchdruck ist das Verhältnis der Hilfsarbeiterchaft zu den Gehilfen wie 1 zu 2, während im Steindruck das weibliche Personal überwiegt. Die Lohnfrage ist dort eine andere wie im Buchdruck; durch die billigeren weiblichen Arbeitskräfte will man die Konkurrenz unterbinden, deshalb der Widerstand der Steindruckerunternehmer gegen einen Reichsstarke, der die großen Lohnunterchiede ausgleicht. Im Steindruck kommen zurzeit 80 Tarife in Betracht, für die Hälfte der Steindrucker gilt der Reichsstarke für das Buchdruck-Hilfspersonal. Daß die Gehilfen bei Streiks auch in Mitleidenschaft gezogen werden, läßt sich nicht vermeiden; ungeteilt hat man dies auch immer als selbstverständlich betrachtet. „Das ist der Krieg“, sagt ein französisches Sprichwort! Nach den gegebenen Verhältnisse auf dem Richter Verbandstage der Vitographen und Steindrucker soll überall ein verständnisvolles Zusammenarbeiten erfolgen.

Zur Frage des Industrieverbandes ist zu sagen, daß wir uns nicht auf die Gehilfen verlassen dürfen, sondern unsere Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen müssen. Auch an den kleinsten Orten muß der Einfluß unserer Organisation fühlbar sein. Den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums für das Schriftgießergewerbe kritischer, betonte Kollege Bucher, daß kein Aufbau des Kampfes erfolgen wird und nur unsere Verpflichtungen gegen die Streikenden voll erfüllen.

Auf die mit lebhaftem Beifall ausgenommenen Darlegungen folgte eine anregende Aussprache, in der auch die „Tarifmüdigkeit“ der Buch- und Steindruckprinzipale eine ausführliche Behandlung fand. Der Vertreter der Buchdrucker, Betriebsratsleiter R a i e r - Nürnberg besprach das Problem des Industrieverbandes und die Tätigkeit des Graphischen Bundes. Er bedauerte, daß die graphischen Kartelle so wenig Förderung vom oben erfahren. Der Industrieverband muß von unten herauf erarbeitet werden. Zu dieser Frage gab auch der Gauleiter des Buchbinderverbandes, Genosse W e i n l ä d e r, die Auffassung seiner Organisation wieder. Er verlangt einen gemeinsamen Kampf bei Lohnforderungen und die Einheitsfront. In einem Schlußwort ging Kollege Bucher auf die vorgebrachten Einwände ein. Eine Anlehnung an eine größere Gruppe wird immer erfolgen müssen. In der Erziehung der weiblichen Mitglieder zur Beitragszahlung haben wir ein wesentliches Stück Gewerkschaftsarbeit geleistet. Auch bei den Unternehmern hat keine Konzentration der Organisationsleistungen stattgefunden. Der bevorstehende Gewerkschafts Kongress in Breslau wird ja zu dem Entwurf von Diktamen zur Industrieverbandsfrage Stellung nehmen. Ein Zwang kann auf die einzelnen Gewerkschaften nicht ausgeübt werden.

Zum 3. Punkt: „W i e d e r e i n f ü h r u n g d e r G a u t a r a f f e“, wies die Gauleiterin, Kollegin T a u b m a n n, nach, wie durch die Inflation der vorhandene Kassenbestand in ein Nichts gerann. Für die Bestreitung der Ausgaben sollen vom Gauvorort N ü r n b e r g - F ü r t h pro Mitglied und Quartal 3 Pfennige, von Zahlstellen über 100 Mitglieder 5 Pfennige und unter 100 Mitglieder 10 Pfennige bezahlt werden. Fand auch diesmal unsere Tagung noch getreut von dem Gau Südbayeren statt, so sollen in Zukunft wieder gemeinsame Goutage abgehalten werden, um nicht in den Verdacht eines innerbayerischen Partikularismus zu kommen, der die Donau als gewerkschaftlichen Grenzfluß betrachtet. Die Vorschläge zur Goutage fanden ohne Widerspruch Annahme. Von einer Beschlußfassung über Zeit und Ort des nächsten Goutages wurde Abstand genommen und empfohlen, das Ergebnis des am nächsten Sonntag in München stattfindenden südbayerischen Goutages abzuwarten.

In seinem Schlußwort beantwortete Kollege Redding noch einige in der Aussprache vorgebrachte Anfragen und Wünsche und schloß mit einem Hoch auf den Verband die von bestem kollegialen Geiste durchdrungene Tagung.

## Die Konferenz der Zahlstellenleiter des Gaus IV (Südbayern)

fand am 23. August 1925 in München im Colosseum statt. Es waren vertreten folgende Zahlstellen: Augsburg, Dillingen, Dillingen a. D., Kaufbeuren, Kempten, Landsfult, Lindenberg i. Allgäu, München, Passau, Regensburg.

Vom Hauptort aus war erschienen der erste Vorsitzende Kollege Bucher-Berlin, vom Beirat Kollege Albert Schmid, vom Gau IV a Gauleiter Kollege Redding und Kollegin Taubmann, vom Buchbinderverband die Kollegen Söldner und Döfling, vom Buchdruckerverband Kollege Faust. Nach Begrüßung der Erschienenen wurde in folgende Tagesordnung eingetreten:

1. Berichte: a) des Gauleiters; b) der einzelnen Zahlstellenvertreter.
2. Rückblick auf den Verbandstag in Hamburg und der weiteren Ausbau unserer Organisation. Referent: Kollege E. Bucher-Berlin.
3. Wiedereinführung der Gaubeiträge und Stellungnahme zur Abhaltung gemeinsamer Goutage für Südbayern und Nordbayern.
4. Beschlußes.

Vor Punkt 1 wird den verstorbenen Kollegen ein stilles Gedenken gewidmet. Die Wahl zum Bureau ergab als ersten Vorsitzenden Gauleiter Kollege Scheinmayer-München, als zweiten Vorsitzenden Kollegin Redding-Regensburg und Schriftführer Kollege Kofmeyer-München.

Kollege Scheinmayer schildert als Gauleiter die Verhältnisse und Schwierigkeiten in der Inflationszeit und deren Nachwirkungen, welche viel Not und Elend, große Arbeitslosigkeit und leere Kassen, ja geradezu katastrophale Erscheinungen

